Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.[illegible] im Ausland mit entsprechender Postaufschlag.
Annahme von Ankündigungen: Werktags bis Vorm. 10 Uhr Nachm. Sonntags bis Vorm. 11 Uhr Mittags. In Freiberg: Fr. Flotzsch 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (Zeilen) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenexpeditionen an. Für Aufgabe einzelnster Schreibstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

40. Jahrgang. Dresden, 1895.

Beinkleider für Herren und Knaben.
Fertig und nach Maass.
Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7.

Erstes Tapeten-Special-Geschäft Dresdens
F. Schade & Co.
Victoriastrasse 2.
Fernsprecher Amt I, Nr. 488.

Gegründet 1867.
Bettfedern und Daunen,
gemischte Inlets in jeder Preislage empfiehlt das
Special-Geschäft von **Julius Udluft**
An der Mauer 3 Kgl. Hoff. Ecke Seestrasse.

Dresden, Seestr. 5. **Berlin. Breslau. Hamburg. Leipzig. München.**
Billig, reell, sorgfältig, schnell. Ankauf v. Erfindungen.
Dr. J. Schanz & Co.
Patente

F. B. Müller
Dresden, 2 Mathildenstr. 2
(Grunaerstrasse)
Grösstes Lager von Neuheiten
95er Orig. „Humber" Fahrräder.

Photographie von Hahn's Nachf. Specialitäten: **Kinder- und Gruppen-Aufnahmen,** Visitkarten-Photographien 12 Stück 6 Mark, **Vergrösserungen** nach jedem Bild in künstl. Ausführung.
Jetzt: Waisenhausstr. 16,
gegenüber dem ehemaligen Victoria-Hotel.

Nr. 115. Spiegel: Taktik der deutsch-sozialen Reformpartei. Hofnachrichten, Ministerialrée, Distanzritt, Kinderpflege-Ausstellung, „Albertshof", Kgl. Polytechnikum, Königsgeburtstagsfeier, „Damenkrieg". | Vermuthliche Witterung: Gewitterneigung, feucht. | **Donnerstag, 25. April.**

Für die Monate Mai und Juni

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **1 Mark 70 Pfennigen,** für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 1 Mark 84 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den K. K. Postämtern zu 1 Gulden 69 Kreuzern angenommen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten", Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches.

Der erbitterte Wahlkampf im 6. Reichstags-Wahlkreise Dresden-Land, der heute zum Abschluß gelangt, falls nicht eine Stichwahl in wenigen Tagen die Wähler nochmals an die Wahlurne ruft, hat einen neuen werthvollen Beitrag zur Charakteristik der deutsch-sozialen Reformpartei geliefert. Das Wesen dieser Partei besteht nicht in ihren programmatischen Forderungen, die nichts Neues und Eigenartiges bieten, weil sie in der Hauptsache den Programmen politischer Bewegungen entnommen sind, die schon vorher bestanden haben und noch heute bei verwandten Parteirichtungen ihre Vertretung finden. Theils sind diese Forderungen nichts Anderes als die Bestrebungen des Antisemitismus, des Handwerkerstandes und der agrarischen Strömung, die gleichzeitig auch von den konservativen Parteien verfochten werden; theils sind sie der internationalen und antinationalen Demokratie entlehnt, wie das Verlangen der Einführung des Maximalarbeitstages und der Ausdehnung des Reichstagswahlrechtes auf die parlamentarischen Körperschaften der Einzelstaaten. Das Eigenthümliche der Reformpartei ist also nicht in ihrem Programm zu suchen, dessen Sätze lediglich unter dem rein agitatorischen Gesichtspunkte einer möglichst wirksamen Bearbeitung der Wählermassen gewählt und zusammengestellt worden sind; die charakteristischen Merkmale der deutschsozialen Reformpartei sind vielmehr in ihren Führern und ihrer Agitationsmethode zu finden. Handelte es sich in Wirklichkeit bei der Mehrzahl dieser Führer, wie sie vorgeben, um eine selbstlose Arbeit für die Interessen des Vaterlandes und derjenigen nothleidenden Bevölkerungsklassen, für deren Forderungen sie eintreten, so müßte die Existenzberechtigung einer neuen besonderen Partei wie der deutschsozialen Reformpartei von vornherein verneint werden, weil der Anschluß an die bereits bestehenden älteren Parteigruppen, welche dieselben Tendenzen verfolgen, eine ungleich größere Gewähr zur Verwirklichung derselben bot, als zweifelhafte politische Neugründungen. Aber wer die Persönlichkeit der Führer der Reformpartei nach ihrer Vergangenheit, ihrer Lebensstellung, ihrer politischen Befähigung, ihren Absichten und in ihrem Auftreten etwas näher betrachtet, der wird begreifen, daß für die meisten von ihnen innerhalb der vorhandenen angesehenen Parteien keine Aussicht auf eine führende Stellung und auf persönliche Vortheile, und keine Gelegenheit zur Bethätigung ihres Ehrgeizes gegeben war. Nur eine politische Sonderstellung unabhängig von der Kontrole einer großen Parteileitung konnte solchen Elementen den ausreichenden Raum für eine einträgliche Carrière als Berufsagitator oder geschäftsmäßiger Parlamentarier bieten. Eine solche Sonderstellung ließ sich aber nicht erringen und behaupten durch eine Agitation, die lediglich die Förderung der Sache im Auge hat, sondern nur dadurch, daß durch maßlose Versprechungen, durch trügerische Vorspiegelungen, durch Erregung der Leidenschaften und durch Verunglimpfung aller politischen Konkurrenten die Wählermassen herangelockt wurden.

Durch eine Hetzarbeit und Wühlerei ohne Gleichen, der seinerzeit selbst die Apostel der Sozialdemokratie voll Bewunderung die Anerkennung nicht versagen konnten, war nach der Reichstagsauflösung vor zwei Jahren der 6. sächsische Reichstagswahlkreis den Konservativen entrissen worden. Die Führer der Reformpartei waren damals in Sachsen mit dem Bewußtsein in den Wahlkampf gegangen, daß sie die konservativen Kandidaten nicht durch den Unterschied der politischen Forderungen, der im Wesentlichen nicht vorhanden war, aus dem Felde schlagen könnten, sondern nur durch das Aufgebot aller möglichst drastisch wirkenden Mittel des unlauteren politischen Wettbewerbs. Die Kampfparole, die sie vor dem ersten Wahlgange ausgaben, richtete sich daher weniger gegen die Umstürzler, sondern zunächst und vor Allem gegen die wegen ihres Mitbewerbs verhaßten staatserhaltenden nationalen Parteien. Die Erwägung, daß sie schließlich doch nur mit deren Hilfe, nicht aber aus eigener Kraft den Sieg über die Sozialdemokraten davontragen könnten und daß es deshalb wohl angebracht wäre, ihre späteren unentbehrlichen Bundesgenossen zu schonen, hielt sie um so weniger von der Schmähung und Verlästerung derselben ab, als sie ja nur zu gut wußten, daß der Patriotismus der Konservativen stark genug sein würde, um die berechtigte Empfindlichkeit und Entrüstung über die ihnen angethane schmähliche Behandlung zurückzudrängen gegenüber dem Gefühl der Pflicht, unter allen Umständen die Umsturzpartei zu Boden zu werfen. Die Führer der Reformpartei waren überzeugt, daß die Anhänger der konservativen Partei, vor die Alternative gestellt, zwischen einem Vertreter der rothen Internationale und einem Gegner derselben zu wählen, nimmermehr zu einem so schändlichen Beschluß gelangen könnten, wie er vor Kurzem in Eisenach von der dortigen deutsch-sozialen Reformpartei angesichts der Stichwahl zwischen dem freisinnigen Vorkämpfer des Judenthums und der Richter'schen Demokratie und dem konservativen Vertreter des Bundes der Landwirthe gefaßt worden ist. Der Beschluß, sich der Stimme zu enthalten, um dadurch dem Freisinnigen den Sieg zu sichern, ist von den Eisenacher Reformern einstimmig gefaßt worden; sie heben das selbst in einer öffentlichen Erklärung ausdrücklich hervor und scheinen sich damit ein rühmliches Zeugniß ihrer politischen Befähigung ausstellen zu wollen, gegenüber der entgegengesetzten Wahlparole, die der Berliner Vorstand der deutsch-sozialen Partei ausgegeben hatte, freilich nur zu dem Zwecke, nicht die Verantwortung für die Haltung ihrer Eisenacher Parteigenossen tragen zu müssen. In Wahrheit aber sind die Herren Zimmermann und Genossen hierfür verantwortlich zu machen: denn durch ihre Agitationen ist die Wählerschaft, die sich ihnen angeschlossen hat, für patriotische Erwägungen unempfänglich gemacht und das politische Urtheilsvermögen ihrer Anhänger herabgedrückt worden auf das Niveau des engherzigsten Partei-Egoismus. Für die Führer der deutschsozialen Reformpartei gilt aber in diesem Falle auch nicht einmal das Goethe'sche Wort: „Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los!" Denn insgeheim werden sie sich stillvergnügt schmunzelnd die Hände reiben, daß die Eisenacher ihrer Parole nicht Folge geleistet haben und daß sie auf diese Weise der konservativen Partei einen Reichstagssitz entzogen haben, die sie vom Standpunkte ihrer selbstsüchtigen Parteiinteressen aus für unbequemer und gefährlicher ansehen, als Judenthum, Freisinn und Sozialdemokratie.

Ganz dieselbe Taktik ist in dem Wahlkampf, der heute zur Entscheidung kommt, von der deutschsozialen Reformpartei befolgt worden, nur mit der Nuance einer gesteigerten politischen Heuchelei. Bevor sie ihren Kandidaten aufgestellt hatten, machten die Führer zunächst den Versuch, sich die Gunst und Hilfe der nationalen Parteien zu erbetteln. Nicht blos die Konservativen, sondern auch die Nationalliberalen wurden inständigst um die Unterstützung des reformerischen Kandidaten gebeten. Man steckte dabei eine lammfromme Miene auf; unter sittsamen Geberden sprach man von der „großen gemeinsamen Aufgabe" gegenüber der rothen Internationale und unter pharisäischem Augenaufschlag wies man auf die „schmutzige" Kampfesweise dieser gemeinsamen Gegnerin hin. In dem Aufruf, den der Vorstand der deutschsozialen Reformpartei am 27. Februar an die Wähler des 6. sächs. Reichstagswahlkreises richtete, war sogar hervorgehoben, daß es nur „kleine Meinungsverschiedenheiten" seien, welche die Konservativen und Nationalliberalen von den Reformern trennten. Die so beliebte Taktik der Doppelzüngigkeit blieb dabei nicht ungeübt. Den Parteigenossen, denen man doch die Konservativen und die Nationalliberalen so geschildert hatte, daß sie vor diesen ein Grauen empfinden mußten, konnte man nicht zumuthen, daß sie sich auf einmal für ein Zusammengehen mit diesen begeistern sollten. Bevor noch jenes Liebeswerben gescheitert war, wurden daher in der Presse und in den Versammlungen der Partei die genannten Parteien verhöhnt und verunglimpft. Und als diese die Waffenbrüderschaft vor dem ersten Wahlgange abgelehnt hatten, da waren auch die Führer der Reformer die Maske der Freundschaft und Brüderlichkeit sofort wieder ab und unter Beiseitelassung jener „kleinen Meinungsverschiedenheiten" wurde von Neuem geschimpft und gewühlt gegen die Konservativen und Nationalliberalen in einer Art, wie sie sich selbst die Sozialdemokraten nicht gestatteten. Mit den Umsturzlern aber, von denen die Reformpartei angeblich durch „große Meinungsverschiedenheiten" getrennt zu sein vorgab, wurde geliebäugelt: man hob geflissentlich die Forderungen hervor, die man gemeinsam mit ihnen hat, und man versicherte ihnen sogar, daß man nichts dagegen habe, wenn 400 Sozialdemokraten in den Reichstag kämen. Denn dann wäre ja wenigstens der eine Herzenswunsch erfüllt, daß kein Konservativer in dem Reichstag sitzt. Dieses Gebahren bietet eine neue schlagende Widerlegung der eitlen Behauptung, daß die Agitationen der Reformpartei den Umsturzbestrebungen in wirksamster Weise Abbruch thäten, während doch durch sie reichlich Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie geschüttet wird.

Wenn es wirklich nur „kleine Meinungsverschiedenheiten" sind, welche nach dem Eingeständniß des Herrn Zimmermann die konservative von der deutschsozialen Reformpartei trennen, dann könnte heute den ernstdenkenden national- und monarchischgesinnten Wählern des 6. Reichstagswahlkreises bei nüchterner, reiflicher Erwägung die Entscheidung nicht schwer fallen. Auf der einen Seite steht der Kandidat einer großen mächtigen Partei, an deren Spitze politisch gereifte erfahrene Männer von tadelloser Ehre stehen und die vermöge ihrer langjährigen Geschichte und ihrer einflußreichen Stellung im parlamentarischen Leben wie auf Grund der zahlreichen Erfolge, die sie aufzuweisen hat, die größte Garantie bietet, daß die Aufgaben, die sie aufgestellt hat, einer möglichst ersprießlichen Lösung entgegengeführt werden — auf der anderen Seite dagegen der Vertreter einer kleinen, einflußlosen Fraktion, die von der Regierung wie von allen anderen Parteien gering geschätzt wird, deren Führer bisher den politischen Befähigungsnachweis nicht zu erbringen vermochten, die keine andere Leistung aufzuweisen hat als das negative Ergebniß, von allen ihren Versprechungen nicht eine einzige erfüllt und von allen ihren Forderungen nicht eine einzige der Verwirklichung auch nur um einen Schritt näher gebracht zu haben.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 24. April.

Berlin. Reichstag. An Stelle des Abg. v. Hollenffer wird Abg. v. Normann zum Schriftführer gewählt, sodann wird die 2. Berathung der Zolltarifnovelle fortgesetzt. Die Festsetzung des Zolles für Waaren auf unedle Metalle, entsprechend den Verträgen mit Oesterreich und Italien, auf 175 Mk., wird nicht genehmigt. Für Waaren aus Celluloid, Bernstein 2c. bleibt der Zollsatz 200 Mk. Der Zoll auf Honig beträgt jetzt 20 Mk.; nach der Vorlage und nach den Beschlüssen der Kommission soll dieser Zollsatz nur für Honig in Waben unverändert bleiben, dagegen für künstlichen und flüssigen Honig auf 36 Mk. erhöht werden. — Abg. Letocha (Centr.) beantragt, den Zoll für Honig allgemein, also auch für den in Waben, auf 36 Mk. zu erhöhen. Auch die Waben würden bereits künstlich nachgemacht. — Abg. Grillenberger (Soz.) erklärt sich gegen die Zollerhöhung auf Honig. Schon durch die frühere Erhöhung von 8 auf 20 Mk. sei die Nürnberger Lebkuchen-Industrie sehr geschädigt worden. — Geh. Rath Haenle: Die feinere Honigkuchen-Industrie, auf die es hier allein ankomme, werde durch die Zollerhöhung von 20 auf 36 Mk. nicht gefährdet. Da auf den Doppelcentner Kuchen nur der vierte Theil Honig gebraucht werde, so betrage die Vertheuerung für den Doppelcentner Kuchen also nur 4 Mk., für das Pfund also 2 Pfg. — Abg. Meyer-Halle (freis. Ver.) bestreitet, daß durch den gegenwärtigen Zustand, also dadurch, daß der Zoll auf Zucker 36 Mk., auf Honig dagegen nur 20 Mk. betrage, die Zuckerindustrie geschädigt werde. Die Honigkuchenindustrie in Halle, welche hinter der Nürnberger nicht zurückgeblieben sei, wurde durch die Erhöhung des Honigzolles schwer beeinträchtigt. Vertheure man ihr den Honig, so müsse sie schließlich zu Surrogaten und Syrup greifen. Den Junkern wird es dann so gehen wie den Agrariern, die mit ihren Maßnahmen gegen die Margarine nur deren Konsum gesteigert und so sich selbst geschädigt hätten. Aber auch die ethische, die kulturelle Bedeutung des Honigs möge bedacht werden, sei es doch der Honig gewesen, der es ermöglicht habe, daß die Menschen sich von der edlen Jägerei zur Landwirthschaft wandten. An die Agrarier wende er sich daher mit der Bitte, den Honig zu schützen (Heiterkeit, Rufe: Das wollen wir ja auch!) Schon in dem griechischen Gottesdienst verwandte man Honig; auch heute noch würden die Kinder sich zu Weihnachten des Christkindleins erst recht bewußt, wenn unter den Geschenken sich auch der Honigkuchen befinde. Demgemäß bitte er, von jeder Erhöhung des Honigzolles abzusehen. — Abg. v. Kardorff (kons.): Sprach Herr Meyer für oder gegen die Zollerhöhung? Wir wollen ja eben durch die Erhöhung unseren guten natürlichen Honig schützen. — Schatzsekretär Graf v. Posadowsky bezeichnet es als eine Uebertreibung, daß durch die Zollerhöhung die Lebkuchenindustrie ruinirt werde und betont, wie schwierig es sei, den künstlichen Honig von dem Naturhonig zu unterscheiden. — Abgg. Beckh (freis.), Weiß (freis. Vp.) und Wurm (Soz.) sprechen gegen die Zollerhöhung; Letzterer meinte, durch die Zollerhöhung würden namentlich die kleinen Pfefferküchler geschädigt und die Entwickelung des ganzen Pfefferküchlergewerbes zum Großgewerbe gefördert. Der Antrag Letocha wird mit großer Majorität angenommen. Die Erhöhung des Zolles auf Cacaobutter, der bisher 9 resp. 20 Mk. betrug, auf 45 Mk. wird debattelos angenommen. — Der Zoll auf Baumwollsamenöl beträgt jetzt 4 Mk., die Vorlage will ihn auf 10 Mk. erhöhen und nur für denaturirtes auf 3½ Mk. ermäßigen. Die Kommission will der Erhöhung auf 10 Mk. nur das raffinirte Oel unterwerfen, während der Zoll für rohes auf 4 Mk. verbleiben soll. — Ein Antrag Wenders' (Centr.) will den Zoll für denaturirtes Oel auf 4 statt 3½ Mk. belassen. Ein Antrag v. Stumm will die Regierungsvorlage wieder herstellen. — Abg. Graf Schwerin-Löwitz (kons.) befürwortet letzteren Antrag. Die Unterscheidung zwischen rohem und raffinirtem Oel belaste unnöthiger Weise die Zollbehörden. Das Hauptmoment, welches für die Erhöhung des Zolles auf Baumwollsamenöl überhaupt spreche, die Verwendung des Oeles als Speiseöl, treffe für das Rohöl genau so zu wie für das raffinirte. Der Unterschied, daß das Rohöl erst hier in Deutschland raffinirt werde, rechtfertige es doch nicht, daß man es trotz seiner Verwendung zu Speisezwecken niedriger verzolle. — Abg. v. Buddeberg (freis. Ver.) bekämpft jede Zollerhöhung auf Baumwollsamenöl im Interesse unserer inländischen Speise-Fett-Fabrikation. — Geh. Rath Haenle: Diese Fabrikation, die mit sehr geringen Herstellungskosten arbeitet, wird auch noch der Zollerhöhung noch einen Gewinn erzielen und mit den amerikanischen Importeuren von Speisefett konkurriren können. Unsere Speisefettfabrikation habe sich außerordentlich entwickelt und zwar gerade infolge des unverhältnißmäßig niedrigen Zolles auf Baumwollsamenöl. Bestehe dieser Zustand weiter fort, so müsse man sich auf fernere stärkere Zunahme des Imports von Baumwollsamenöl wohl gefaßt machen. Die Unterscheidung in den Zollsätzen, welche die Kommission zwischen raffinirtem und Rohöl getroffen, liege weder in dem Interesse der Speisefettfabrikation selbst, noch sei sie zolltechnisch durchführbar. — Abg. Harm (Soz.): Die ganze Zollerhöhung liege lediglich im Interesse der Rein-Butter-Produzenten. Die Speisefett-Industrie würde die Zollerhöhung auf die Konsumenten abwälzen, pro Pfund Speisefett macht die Zollerhöhung 3 Pfg. aus — eine kolossale Belastung! An dem Speisefett werde nicht mehr so viel verdient. Eine ganze Anzahl Fabrikanten würden ihren Betrieb einschränken oder ganz einstellen müssen. Wie viel Arbeiter würden da wieder brotlos! — Schatzsekretär Graf v. Posadowsky: Wahrscheinlich wird Amerika den Zoll tragen müssen, um sich seine bisherigen Absatzgebiete zu erhalten. Es empfiehlt sich jedenfalls, die Regierungsvorlage unverändert anzunehmen. Man habe auf die Margarine-Fabriken verwiesen, die außer diesem Oel noch Talg, also ein landwirthschaftliches Produkt, verwendeten. Man übersehe doch dabei, daß diese Fabriken ihren Talg aus Australien beziehen. (Sehr richtig.) Wir sollten mit unseren Zöllen nicht so zaghaft sein in dem Moment, wo Amerika uns durch Erhöhung des Petroleumpreises eine jährliche Mehrausgabe von 300 Millionen abnöthige. (Sehr richtig, rechts.) — Abg. Graf Kanitz (kons.): Das amerikanische Speisefett enthält nicht selten gesundheitsschädliche Stoffe und eine Zollerhöhung schadet nicht, ich glaube sogar, wenn wir die Einfuhr des amerikanischen Speisefettes ganz verbieten, so wird bei uns das Speisefett noch nicht einen Pfennig theurer. — Abg. Gamp (Reichsp.) befürwortet ebenfalls die Regierungsvorlage. Der Abg. Harm habe dem Grafen Bismarck gerathen, seine Arbeiter besser zu bezahlen, Herr Harm möge jedoch bei seinem Fraktionsgenossen Singer einmal diese Frage anregen. — Weiterberathung morgen.

* **Paris.** Die Omnibusverwaltung machte den Streikenden einige Konzessionen, aber die Versammlung der Streikenden im Tivoli-Vauxhall erachtete die Konzessionen für ungenügend und beschloß die Fortsetzung des Streiks.

Berlin. Der Kaiser ist heute Vormittag zu einem kurzen Besuche des Großherzogs und der Großherzogin von Baden in Karlsruhe eingetroffen. Nachmittag gedachte der Kaiser, begleitet vom Erbgroßherzog von Baden, sich nach Kaltenbronn im Schwarzwalde zu begeben und dort bis Sonnabend Vormittag zu verbleiben. — Die sächsische Gesandtschaft war gestern in den ersten Nachmittagsstunden das Ziel für viele Herren, die ihre Glückwünsche zum Geburtstag des Königs Albert darbringen wollten. Es erschienen u. A. Prinz Max von Baden, Staatssekretär Frhr. v. Marschall, der Minister des königlichen Hauses v. Wedel, die Botschafter Oesterreichs und Italiens, der Chef des großen General-

Pfund's sterilisirte (keimfreie) **Kindermilch.** Trocken-Sterilisirung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.